

Forderungen der n.-ö. Landwirte.

Christlichsoziale Abgeordnete beim Minister des Innern.

Am Im niederösterreichischen Landhause traten heute die christlichsozialen Landgemeindenvertreter von Niederösterreich zu einer Beratung unter Vorsitz des Landesauschusses Mayer zusammen, in der zunächst gegen die Backverordnung Stellung genommen und dargelegt wurde, daß, so dringend notwendig es sei, jede Art Luxusbäckerei einzuschränken, es besonders für die ärmeren Schichten der Bevölkerung eine einschneidende Schädigung bedeuten würde, falls derselben, wie es der § 9 der Backverordnung involviert, die Möglichkeit genommen würde, den Teig für die Schwarzbäckereien den Bäckermeistern zum Backen zu übermitteln. Sodann wurde gegen die Erhöhung der Mehlpreise im allgemeinen verschiedene Stellungnahmen und betont, daß diese unerwartete und außerordentlich hohe und einschneidende Preiserhöhung eines der wichtigsten Nahrungsmittel die mittleren und breiten Schichten der Bevölkerung schwer trifft. Auch auf die rückwirkende Preissteigerung der alten Mehlvorräte, also auf die in der Verordnung vorgeschriebenen Nachzahlungen für dieselben, wurde hingewiesen und die Schaffung völliger Klarheit in der Richtung verlangt, daß diesbezüglich die früheren Normen aufrecht bleiben, wie dies bei allen anderen Lebensmittelverkäufen der Fall ist. Allseits wurde lebhaft Klage geführt, daß die Mehlverordnung ohne Einberufung und Anhörung des Beirates der Kriegsgetreideverkehrsanstalt und andere für die einschlägigen Fragen kompetenter Korporationen hinausgegeben wurde. Es wurde überhaupt über die stiefmütterliche Behandlung der Beiräte seit Errichtung der Kriegsgetreideverkehrsanstalt entschieden Beschwerde geführt.

Betreffs der Statthaltereiverordnung über die Viehverkäufe wurde der Wunsch ausgedrückt, daß bei Futtermittelmangel sowie in jenen Fällen, in welchen bei den Kühen keine Milchergiebigkeit mehr zu erzielen ist, bedeutende Erleichterungen für den Viehverkauf gewährt werden. Auch die § 14-Verordnung, betreffend die zeitweise Aufhebung der Verlassenschaftsgebühren, wurde einer eingehenden Erörterung unterzogen und es wurde auf den dadurch entstehenden Entfall der Einnahmen der Länder hingewiesen.

An der Erörterung dieser Punkte beteiligten sich insbesondere der Vorsitzende Landesauschuss Mayer, Landesauschuss Stöckler, Minister a. D. Dr. Gessmann, Vizepräsident Fugel, sowie die Abgeordneten Wohlmeyer, Fedel, Ditwald, Wollel, Ringgera, Huber, Kollmann, Fißlthaler, Barrer, Kern und Grim.

In Durchführung der obigen Beschlüsse und Anregungen begaben sich heute nachmittags Minister a. D. Dr. Gessmann, MA. Mayer, Vizepräsident Fugel, Landeskulturratspräsident List, sowie die Abgeordneten Kollmann, Wollel und Wohlmeyer zum Minister des Innern Prinzen Hohenlohe, von dem sie freundlichst empfangen wurden. Der Sprecher der Abordnung Vizepräsident Fugel entwickelte zunächst die Wünsche und Beschwerden der landwirtschaftlichen Bevölkerung und befaßte sich insbesondere auch mit der Backverordnung. In dieser Hinsicht erwiderte der Minister des Innern, daß er bereits an die einzelnen Statthaltereien Weisungen betreffs der Herstellung des sogenannten Störbrottes ergehen ließ, wonach den Schwarzbäckereien in dringenden Fällen entsprechende Erlaubnis erteilt wurde, den ihnen von den Landwirten zum Backen übergebenen Teig zu verarbeiten,

Hingegen machte Excellenz Dr. Gessmann darauf aufmerksam, daß das Verbot des Backens von Schwarzbrot auch deshalb nicht berechtigt sei, weil dadurch die Streckung des Getreidevorrates insofern gehindert erscheine, als beim sogenannten Störbrotbacken fast durchwegs Kartoffeln mit in den Teig gemengt werden, wodurch eine 20- bis 25% ige Ersparnis an Brotbackmehl erreicht wird.

Der Minister sagte, er erachte es als seine Pflicht, volle Kenntnis in die Geschäftsgebarung der Kriegsgetreideverkehrsanstalt zu erlangen, um dann auch über dieselbe den verantwortlichen Behörden sowie den Volksvertretern volle Klarheit verschaffen zu können.

MA. Mayer und Vizepräsident Fugel besprachen die Bestrafungen von Preistreibern und gaben eine Darstellung der verschiedenen Härten, die bei manchen Urteilen vorkommen. Auch die übrigen Mitglieder der Abordnung erläuterten den Standpunkt der Landwirte, die es gewiß billigen, daß in wucherischer Absicht vorkommende Preisbildungen der verdienten Strafe zugeführt werden, daß aber die Tatsache nicht zu bestreiten sei, daß betreffs Preisbildung keine sicheren und allgemein verständlichen Direktiven bestehen und infolgedessen manche Landwirte unabsichtlich und wider den eigenen Willen verstößen und daraus folgenden Bestrafungen ausgesetzt sind. Die Erfahrung habe gelehrt, daß bei den Produzenten bis zu einem gewissen Grade Verwirrung und Verzweiflung eingegriffen sei und sie aus dieser Stimmung heraus weniger Lebensmittel

liefern, so daß Beschickung der die Märkte bereits viel zu wünschen übrig lasse.

Landesauschuss Mayer setzte die infolge angeblicher Preistreiberer beim Weinverkauf vorgekommenen Fälle von Beurteilungen auseinander, die um so bedauerlicher erscheinen, als es bisher nicht gelungen sei, von berufener Seite bestimmte Preisfixierungen für Wein zu erlangen.

Prinz Hohenlohe sagte zu, daß er über dem Komplex dieser Angelegenheiten mit dem Justizminister Dr. v. Hohenburger Rücksprache pflegen werde. Abgeordneter Wohlmeyer brachte einen die Gebirgsbauern betreffenden Spezialfall vor und Landeskulturratspräsident List stellte die Mühen und Schwierigkeiten der Landwirtschaft dar, die trotz derselben auf hervorragende Leistungen nach jeder Richtung hin diesem Kriege sich berufen könne. Der Minister anerkannte mit größter Wärme die vielfachen Verdienste, welche sich das Hinterland und insbesondere der Bauernstand im Verlaufe des Krieges erworben habe und erklärte es als seine wie der gesamten Regierung Herzenspflicht, das Möglichste für die Versorgung der Bevölkerung, deren Patriotismus sich täglich so glänzend bewähre, zu tun.